

SOZIALE

GERECHTIGKEIT STATT SCHULDENBREMSE

KONFERENZ-READER

GREGOR GYSI

Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Deutschen Bundestag

Samstag

18.6.

10.00 - 13.00 Uhr

Saalbau BIKUZ
Frankfurt am Main
Gebeschusstr. 9
Nähe S-Bahnhof Frankfurt-Höchst

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

www.die-linke-hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Schuldenbremse heißt Sozialabbau – Proteste gegen die Schuldenbremse	3	Steuerkonzept der LINKEN	5
Neoliberale Finanzpolitik: Privatisierung, Steuergeschenke an die Reichen und Sozialabbau	3	Pläne zur Umsetzung der Schulden- bremse im Landeshaushalt am Beispiel Bildungsabbau 2012	6
Soziale Gerechtigkeit ist mehr als Sozialpolitik	4	Den Protest organisieren: Eine „Operation Düstere Zukunft 2.0“ steht bevor!	7

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

DIE LINKE. LANDESVERBAND HESSEN
ALLERHEILIGENTOR 2-4, 60311 FRANKFURT AM MAIN
TELEFON: 069/706502
MAIL: KONTAKT@DIE-LINKE-HESSEN.DE
INTERNET: WWW.DIE-LINKE-HESSEN.DE

REDAKTION: ACHIM KESSLER, STEFAN WÜRZBACH, ULRICH WILKEN

LAYOUT: NICO BIVER

V. I. S. D. P.: ACHIM KESSLER

Schuldenbremse heißt Sozialabbau – Proteste gegen die Schuldenbremse

Mit zahlreichen und bunten Protesten hat eine breite Plattform unter dem Namen „Für ein handlungsfähiges Hessen“ gegen die Schuldenbremse gekämpft. Mit dabei waren unter anderen die DGB-Gewerkschaften, der Beamtenbund, Attac, Gliederungen der Arbeiterwohlfahrt, die LandesschülerInnenvertretung und die Landes-Asten-Konferenz. Dem NEIN zur Schuldenbremse haben sich auch der Landeselternbeirat und die Liga der freien Wohlfahrtsverbände angeschlossen. Im Hessischen Landtag hat sich einzig DIE LINKE gegen die Schuldenbremse ausgesprochen.

Mit vielfältigen Demonstrationen, Infoständen, Sprühkreideaktionen, Plakatspenden, Aktionen in den sozialen Netzwerken und Materialien wie einer Reichtumsuhr und Comics haben sich zu Anfang des Jahres viele Menschen gegen die Schuldenbremse engagiert. Und erstaunlich viele – nämlich ein Drittel – haben der Schuldenbremse bei der Volksabstimmung über die Änderung der Hessischen Verfassung

ihre Zustimmung verweigert. In einigen Kommunen, durchaus auch dort, wo besonders viele Aktivitäten möglich waren, ging die Ablehnung weit darüber hinaus, zum Beispiel in Marburg, Darmstadt und Groß-Gerau mit über 40 Prozent Ablehnung.

Die große Zahl von Stimmen gegen die Schuldenbremse ist eine klare Ansage, dass Kürzungen bei Bildung, sozialer Gerechtigkeit oder Zukunftsinvestitionen auch in Zukunft nicht ohne Widerspruch bleiben wird.

Der DGB-Vorsitzende Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, fasst dies zusammen: *„Die Bürgerinnen haben damit klar signalisiert, dass sie einen handlungsfähigen Staat wollen, der in der Lage ist, die Zukunftsausgaben zu bewältigen. ... Die Landespolitiker wollten einen Blankoscheck für Sozialabbau. Den haben die BürgerInnen nicht ausgestellt. Über ein Drittel der Stimmen kann man keinesfalls so lesen. Gut gemacht Hessen!“*

Neoliberale Finanzpolitik: Privatisierung, Steuergeschenke an die Reichen und Sozialabbau

Die Politik der letzten Jahrzehnte hat die Staaten bewusst in einen scharfen Wettbewerb um das frei hin und her fließende Kapital getrieben. Der Steuerwettbewerb nach unten begann. Steuersenkungen und Steuerentziehungen haben alle Staaten geschwächt. Die Staaten wurden immer „schlanker“ und nähern sich heute dem Suppenkasperstaat. Notwendige öffentliche Aufgaben wurden durch Verkauf des öffentlichen Eigentums finanziert. Heute ist der größte Teil des von Generationen erarbeiteten Volksvermögens verschербelt und im Besitz weitgehend unbekannter Aktionäre. Das ist eine Enteignung der Bevölkerung, die Ihresgleichen sucht.

Man behauptete, diese Privatisierungen seien notwendig, denn private Wirtschaft sei effizienter als öffentliche. Doch effizienter ist die Bundesrepublik nicht geworden. Wieso soll es auch effizienter sein, wenn Private Gefängnisse betreiben oder drei verschiedene Postdienste landauf, landab Briefe verteilen, dafür die Briefkästen in immer weitere Abstände entrücken, um die Zustelldienste profitabel zu ma-

chen? Ist es effizient für den Bahnkunden, wenn nicht eine Bahn fährt, sondern sechs verschiedene, deren jeweilige Preise herauszufinden zum Kreuzworträtsel wird? Wenn die privatisierten Energieversorger Preise fordern, gegen die der Staat kaum noch etwas machen kann, weil er die einst öffentlichen Unternehmen in die Privatisierung entlassen hat? Wo bleibt die erhöhte Effizienz für die Allgemeinheit, wenn die privatisierten öffentlichen Nahverkehrsmittel immer teurer werden?

Und vor allem: Wo bleibt die Effizienz, wenn immer mehr Menschen nur noch Löhne erhalten, von denen sie nicht leben können, und deshalb zusätzlich zu ihren Hungerlöhnen soziale Leistungen beziehen müssen? Inzwischen gehen jährlich 10 Milliarden Euro an Subventionen aus dem Sozialetat an Unternehmen, die ihren Beschäftigten, so genannten „Aufstockern“, Löhne zahlen, von denen sie nicht leben können. Diese staatliche Subventionierung von Hungerlöhnen ist eine Pervertierung des Sozialstaats!

Zugleich wurden Konzernen, Wohlhabenden, reichen Erben und Spitzenverdienern unglaubliche Steuergeschenke gemacht: Seit 1998 sind den öffentlichen Haushalten dadurch 340 Milliarden Euro verloren gegangen. Allein für den hessischen Landeshaushalt resultieren daraus Mindereinnahmen von 10 Milliarden Euro, das ist rund ein Viertel der Schulden des Landes in Höhe von 39 Milliarden Euro. Das macht deutlich: Die öffentlichen Haushalte haben kein Ausgabenproblem, sondern ein – von CDU, SPD, Grünen und FDP herbeigeführtes – Einnahmenproblem.

Die durch Steuergeschenke an die Reichen ausgetrockneten Haushalte wurde von den Bundes- und Landesregierungen, unabhängig von ihrer Zusammensetzung, immer wieder als Begründung für Sozialkürzungen herangezogen – Hartz IV, Rente erst ab 67 und die so genannte Gesundheitsreform sind dafür nur einige Beispiele. Die Logik, die dahinter steckt, ist so brutal wie einfach: Die Steuergeschenke an Konzerne und Reiche werden nachträglich durch Kürzungen bei Armen und Durchschnittsverdienenden finanziert.

Soziale Gerechtigkeit ist mehr als Sozialpolitik

All das macht deutlich: Soziale Gerechtigkeit erschöpft sich nicht in Sozialpolitik, sondern ist eine grundsätzliche Sicht auf die Gesellschaft und alle sozialen Verhältnisse.

Selbstverständlich ist und bleibt Sozialpolitik ein wichtiger Bereich linker Politik, der sich deutlich vom Verständnis anderer Parteien als „Fürsorge“ unterscheidet. Zum Beispiel mit ihrem Konzept der solidarischen Bürgerversicherung hat DIE LINKE einen grundlegenden Neuanfang in der Gesundheitspolitik formuliert, der weit über das bestehende Sozialversicherungssystem hinaus geht: Alle Menschen, die in Deutschland leben, werden Mitglied in der Bürgerversicherung, auch Beamte, Selbstständige und Politikerinnen und Politiker. Alle Einkommensarten, auch Spekulationsgewinne und Einkünfte aus Pachten, werden zur Berechnung der Beiträge herangezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft, alle Einkommen werden in voller Höhe berücksichtigt. Durch diese sozial gerechte Belastung derjenigen, die über hohe Einkommen verfügen, kann eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle finanziert werden. Die Qualität der Gesundheitsversorgung des Einzelnen hängt nicht mehr davon ab, wie viel er oder sie im Geldbeutel hat.

Diese Umverteilung von den Reichen zu den Durchschnittsverdienenden und Armen ist eine wichtige Grundlage für soziale Gerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Hier unterscheidet sich DIE LINKE deutlich von allen anderen Parteien: Wir wollen den Konzernen und den Reichen mehr von ihrem Überfluss wegnehmen, um allen Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit zu garantieren. Mit unserem Steuerkonzept haben wir dafür einen realistischen Vorschlag in die Diskussion eingebracht.

Die massive Privatisierung vieler Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge hat vor Augen geführt, dass privates Eigentum der Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit in vielen Bereichen entgegen steht. Dies gilt nicht nur für die öffentliche Daseinsvorsorge wie beispielsweise Bildung, Gesundheit oder die Versorgung mit Wasser und Energie. Die Bankenkrise hat zu einer unglaublichen Enteignung der Bevölkerung geführt: Inzwischen haben die privaten Banken über 300 Milliarden Euro an Steuergeldern erhalten. Darauf zu hoffen, dass Bankmanager künftig ihr Handeln am Allgemeinwohl ausrichten werden, ist jedoch naiv. Die Banken müssen unter öffentlich-rechtliche Kontrolle gestellt und auf ihre eigentliche Aufgabe beschränkt werden, Sparguthaben der einen einzusammeln, um sie anderen für Investitionen oder Konsum auszuleihen.

Auch bei den Löhnen hat in den letzten Jahrzehnten eine massive Enteignung stattgefunden. Der Anteil der Löhne an den Gewinnen ist immer weiter zurückgegangen. Vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit ist das nicht hinnehmbar, zumal die Gewinne nicht von den Aktienbesitzern, sondern ausschließlich von den Arbeitenden geschaffen werden.

Kurzfristig muss durchgesetzt werden, dass Menschen wieder von ihrer Arbeit leben können. Dazu müssen Maßnahmen gegen Dumpinglöhne und unsichere Arbeitsplätze ergriffen werden. 1,4 Millionen Menschen müssen inzwischen als so genannte Aufstocker trotz Arbeit Hartz IV beziehen, eine Million Menschen sind zu Leiharbeit gezwungen und 6,5 Millionen Beschäftigte arbeiten im Niedriglohnssektor. Durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zunächst 10 Euro und die Rücknahme der Hartz-Gesetze können diese Exzesse beendet werden.

Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit müssen wir jedoch darüber nachdenken, wie langfristig Eigentum so organisiert werden kann, dass die Arbeitenden den Reichtum, den sie erschaffen, selbst erhalten. Geeignete Eigentumsformen könnten Belegschaftsanteile an Unternehmen, Genossenschaften, Verstaatlichung und die Festschreibung einer weitgehenden Mitbestimmung der Belegschaften bei unternehmerischen Entscheidungen sein.

Die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit erfordert jedoch auch eine Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich, um die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch steigende Produktivität bei stagnierenden Märkten auszugleichen. Durch die Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors können Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus müssen jedoch auch weiterreichende Modelle entwickelt werden, mit denen gesellschaftlich wert-

volle und notwendige Arbeit, die nicht dem Lohnerwerb dient, abgesichert werden kann.

Soziale Gerechtigkeit hat nichts mit einem Überbietungswettbewerb mit SPD und Grünen um die radikaleren Forderungen zum Beispiel bei der Höhe von Sozialleistungen zu tun. Eine solche Sicht würde über kurz oder lang genau in dem parteitaktischen Geschacher enden, wie wir es zu Beginn des Jahres bei der Diskussion über die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze erlebt haben. Soziale Gerechtigkeit ist auch kein „Thema“, das von den sozialpolitischen Sprecherinnen oder Sprechern unserer Fraktionen oder Parteigliederungen betreut werden könnte. Soziale Gerechtigkeit ist ein Maßstab, der unserer gesamten Politik in allen Themen zugrunde liegen muss.

Steuerkonzept der LINKEN

Das LINKE Steuerkonzept geht von dem Grundsatz aus, dass notwendige Ausgaben bestimmen, wie hoch die Einnahmen sein müssen. Welche Ausgaben notwendig sind, muss demokratisch entschieden werden und darf nicht pauschal unter den Vorbehalt des Sachzwangs von Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen gestellt werden. Das Steuersystem muss endlich wieder gerecht und die Belastungen durch das Steuersystem müssen wieder umgekehrt werden: Reiche müssen mehr, Gering- und Durchschnittsverdienende müssen weniger Steuern zahlen.

Mit unsern Vorschlägen ist es ohne weiteres möglich, zusätzliche Steuern einzunehmen bei gleichzeitiger Entlastung der Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen. Allerdings müssen dafür die Profiteure der Krise endlich zur Kasse gebeten werden.

Mit unserem Steuersystem wären Mehreinnahmen in Höhe von **180 Milliarden Euro** nicht nur denkbar, sondern machbar. Etwa die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Finanztransaktionssteuer oder die Millionärsteuer sind keine linken Hirngespinnste – all das gab es oder gibt es so oder in ähnlicher Form schon.

Im Folgenden ein paar Beispiele aus unserem Steuerkonzept:

Einkommensteuer

DIE LINKE schlägt vor, den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro zu erhöhen. Zusammen mit den Freibeträgen für Arbeitnehmer_innen zahlen diese bis zu einem jährlichen Einkommen von 11.500 Euro keine Steuern mehr. Der Eingangssteuersatz bleibt unverändert bei 14 Prozent. Der Spitzensteuersatz wird auf 53 Prozent korrigiert. Hier geht es insbesondere darum, Spitzenverdiener_innen wieder angemessen zu besteuern. Da aber alle Steuerzahler von der Anhebung des Grundfreibetrages profitieren werden Arbeitnehmer_innen mit einem Einkommen von unter 70.000 Euro entlastet!

Wer weniger als 6.000 Euro im Monat verdient, wird entlastet!

Einkommen aus Unternehmertätigkeit, Kapitalerträgen, Mieten und Pachten

Viele Selbstständige, die ihr Unternehmen als Personengesellschaft führen, zahlen auch Einkommensteuer. Für sie gelten aber zum Teil großzügige Regelungen bei der Gewinnermittlung. So können Abschreibungen geltend gemacht werden, obwohl diese gar nicht realistisch sind. Auch im Bereich der Besteuerung von Kapitalerträgen bestehen Ungerechtigkeiten. So lehnt DIE LINKE die Abgeltungssteuer ab. Es ist nicht einzusehen, warum Kapitalerträge pauschal zu 25 Prozent versteuert werden. Wir

wollen diese als normale Einkünfte behandeln und nach dem persönlichen Steuersatz progressiv besteuern.

Dies und eine Veränderung der Besteuerung von Pachten und Mieteinnahmen werden Steuermehreinnahmen von insgesamt mindestens **13 Milliarden Euro** bringen.

Reform des Steuervollzugs, Austrocknung von Steueroasen

Die schlimmste Gerechtigkeitslücke besteht beim tatsächlichen Steuervollzug. In Deutschland gibt es ein Zwei-Klassen-Steuersystem: Beschäftigten und kleinen Sparerinnen und Sparern wird die Steuer automatisch abgezogen. Unternehmer und Vermögende haben dagegen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten und geben dem Finanzamt selber an, welche Einkünfte sie haben. Dabei gibt es dann viele Möglichkeiten legal oder illegal Steuern „zu sparen“. DIE LINKE will genügend Personal bei der Steuerverwaltung und Steueroasen konsequent austrocknen: Das brächte dem Gemeinwesen mindestens **15 Milliarden Euro** mehr. Dafür sind keine neuen Gesetze notwendig, sondern allein deren konsequente Anwendung!

Millionärsteuer

Wir schlagen eine verfassungsgemäße Besteuerung von Vermögen über 1 Million Euro mit einem Steuersatz von 5 Prozent vor. Allein mit der Umsetzung des Artikel 14 Abs. 2 GG (Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.) auch im Steuerrecht, wären Mehreinnahmen von jährlich **80 bis 100 Milliarden Euro** zu erzielen.

Finanztransaktionssteuer und Spekulantensteuer

Allen ist die Finanzmarktkrise noch gut in Erinnerung ist; doch während die Banken schon wieder Riesen-

gewinne schreiben, haben die neoliberalen Politiker_innen es bisher unterlassen, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren. DIE LINKE fordert, endlich die notwendigen Konsequenzen aus der Krise zu ziehen und dem Wildwuchs der Spekulationen Grenzen zu setzen. Dafür schlagen wir zwei Steuern vor:

- eine Spekulantensteuer, mit der die Banken an den Krisenkosten beteiligt werden, so wie dies auch in den USA möglich ist.
- eine Finanztransaktionssteuer. Es ist ungerecht, dass wir beim Kauf von Lebensmitteln ganz selbstverständlich Umsatzsteuer zahlen müssen, beim Handel mit Aktien aber niemand mit Steuern und Abgaben belastet wird. Dabei war eine Börsenumsatzsteuer bis 1991 auch in Deutschland selbstverständlich. Durch eine wirksame Besteuerung könnten besonders schädliche Auswüchse der Finanzmärkte unattraktiv gemacht werden.

Mit diesen beiden Steuern würden Spekulationen begrenzt und Mehreinnahmen in Höhe von mindestens **38 Milliarden Euro** erzielt.

Steuern für Unternehmen

Wir wollen Unternehmen wieder stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen, nicht nur weil sie im Vergleich zu anderen besonders wenig Steuern zahlen, sondern weil sie im Vergleich zu anderen besonders profitieren, wenn eine Infrastruktur in Stand gehalten wird und ein Bildungssystem für gut ausgebildete Fachkräfte sorgt. Allein durch die Anhebung der Körperschaftsteuer auf 25 Prozent und eine maßvolle Verbreiterung der Bemessungsgrundlage lassen sich Steuereinnahmen von **40 Milliarden Euro** erreichen.

Pläne zur Umsetzung der Schuldenbremse im Landeshaushalt am Beispiel Bildungsabbau 2012

In der Auseinandersetzung um die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung haben die Schuldenbremsenparteien CDU, SPD, FDP und Grüne immer wieder betont, dass die Schuldenbremse nicht zu Bildungs- und Sozialabbau führen

würde. Insbesondere von Seiten der Sozialdemokraten wurde die explizite Nennung der „Ausgaben- und Einnahmeverantwortung“ des Landes als Erfolg verbucht. Dass es sich dabei eher um Verfassungsprosa als um verbindliche Grundsätze handelt, zeigen

die Pläne der Landesregierung für den Landeshaushalt 2012.

Die letzte Steuerschätzung vom Mai 2011 hat für das Land Mehreinnahmen von etwa 500 Millionen Euro für 2012 prognostiziert, die wegen der Schuldenbremse nicht für wichtige Zukunftsinvestitionen, sondern ausschließlich für die Senkung der Netto-Neuverschuldung verwendet werden. Damit will der Finanzminister das Defizit des Landes auf etwa 1,4 Milliarden Euro reduzieren, auf dem Höhepunkt der Krise lag es noch bei etwa 3 Milliarden.

Auch wenn die Haushaltsberatungen für den Landeshaushalt 2012 erst noch anstehen, gibt es bereits die ersten Planungen aus dem Finanzministerium. Daraus gehen die Kürzungsvorgaben für die einzelnen Ressorts hervor. Bei allen Beteuerungen, dass auf keinen Fall bei der Bildung gespart würde, sehen diese Pläne aber ausdrücklich vor, dass ausgerechnet die Bildungsressorts (Schule und Wissenschaft) die größten Kürzungen zu tragen haben werden.

Insgesamt will der Finanzminister bei der Bildung über 138 Millionen Euro kürzen! Das ist fast die Hälfte aller vorgeschlagenen Kürzungen in Gesamthöhe von 345 Millionen! Die geplante Kürzung von über 68 Millionen Euro an den Schulen entspricht etwa 1.000 Lehrerstellen. Der Hessische Finanzminister Schäfer sagte dazu im Mai: *„Nahezu alle Verwaltungsbereiche des Landes haben seit der Operation ‚Sichere Zukunft‘ 2004 einschneidende Veränderungen ihrer Verwaltungsstrukturen gehabt. [...] Der einzige Verwaltungsbereich, der so eine*

ganzheitliche Verwaltungsreform seit Ende der 90er Jahre nicht erlebt hat, ist die staatliche Schulverwaltung. Sie holt also nach, was andere Bereiche schon gemacht haben.“

Ausgerechnet die Operation „Sichere Zukunft“, die mit zahlreichen Kürzungen das Aus für viele große und kleine soziale Einrichtungen sowie einen bisher beispiellosen Bildungsabbau in Hessen bedeutete, dient nun also als Blaupause für weitere Schritte.

Wie diese Entwicklung weitergeht, zeigt der Abschlussbericht der Haushaltsstrukturkommission. Diese hat verschiedene Ausgabenbereiche des Landes untersucht und mit Ausgaben anderer Flächenländer verglichen. Das wenig überraschende Ergebnis der Regierungskommission ist zum einen, dass die Kürzungen bei den Kommunen im vergangenen Jahr gerechtfertigt waren und dass darüber hinaus Hessen in fast allen untersuchten Bereichen „Ausgabenüberhänge“ aufweist. Ein Freibrief zum Kürzen mit wissenschaftlichem Anstrich also.

In welchen Bereichen es zu Mehreinnahmen kommen könnte, welche Potentiale für eine Vermögenssteuer in Hessen bestehen und wie Umverteilung des Reichtums in dieser Gesellschaft zum Nutzen Aller zu organisieren wäre, das untersucht die Landesregierung unterdessen nicht. Die Landesregierung schert sich also weiterhin nicht um ihre „Einnahmeverantwortung“ und versucht den Landeshaushalt allein durch Kürzungen auszugleichen. Dabei stehen nun auch die lange für „unantastbar“ erklärten Bereiche wie „Innere Sicherheit“ und Bildung zur Disposition.

Den Protest organisieren: Eine „Operation Düstere Zukunft 2.0“ steht bevor!

Wir leben in einem unendlich reichen Land, in dem zunehmend Armut herrscht und Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr auskömmlich leben können. Das ist u.a. Ergebnis der rotgrünen und schwarzgelben Steuerpolitik. DIE LINKE will ein gerechtes Steuersystem, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache.

Stattdessen drohen in Hessen nun weitere Kürzungen und Streichungen bei öffentlichen Ausgaben und Aufgaben. Eine „Operation Düstere Zukunft 2.0“ steht vor der Tür. Wir werden uns dagegen zur Wehr setzen – mit Ihrer Unterstützung und hoffentlich in

breiten Bündnissen. Wir setzen uns ein für einen Staat, der die notwendigen Ausgaben und Aufgaben für Bildung und Wissenschaft, für Zukunftsinvestitionen und vor allem für soziale Gerechtigkeit tätigen kann. Dazu hat DIE LINKE Konzepte und wirbt um Mehrheiten dafür.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, in Bündnissen vor Ort, bei regionalen Treffen und hessenweit: **Für ein sozial gerechtes Hessen! Damit soziale Gerechtigkeit endlich wieder mehr gilt als die Profite!**

